

Kleine Anfrage 439

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Wirtschaft fordert für Zukunftssicherung ein deutschlandweites Zentralabitur

In der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 10.03.2015 wird ausführlich darüber berichtet, dass die deutschen Wirtschaftsverbände angesichts der Ausbildungslage und des internationalen Wettbewerbs und insbesondere in Ansehung der schulpolitischen Kleinstaaterei in Deutschland die **Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs** fordern, um die Bildungsstandards zu verbessern und die Wirtschaftskraft und Zukunftsfähigkeit für Deutschland in Zukunft sicherzustellen.

In den vergangenen Jahren war die Frage der Vereinheitlichung des Schulrechts in Deutschland immer wieder eine heiß umstrittene Frage. Am Ende ist es immer bei der Kleinstaaterei, das jedes Bundesland macht, wie es will, geblieben. Auch die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg hat sich nicht vertieft, sondern eher verflacht.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Inwieweit betreiben Berlin und Brandenburg noch ein einheitliches Zentralabitur? Wann wurde die Frage eines gemeinsamen Abiturs Berlin-Brandenburg begonnen? Wie wurde es vertieft? Wann wurden möglicherweise Vereinheitlichungen wieder aufgehoben oder aufgeweicht?
2. Wie stellt sich die Landesregierung zu der Forderung der Wirtschaftsverbände auf Einführung eines deutschlandweiten Zentralabiturs?
3. Kann sich die Landesregierung vorstellen, eine Bundesratsinitiative einzubringen, um in der Frage der Einführung eines Zentralabiturs deutschlandweit initiativ zu werden?